

AKTUELL

ARCHITEKTUR

Uni-Vision

Christiane Walerich

Das Konzept der „maison du savoir“ in Esch-Belval wurde diese Woche vorgestellt. Wann das Gebäude bezugsfähig sein wird, ist noch offen.

Wenn die Universität Luxemburg dereinst ihre neuen Räumlichkeiten in Esch-Belval bezieht, dann ist dort nicht nur die Energie von grauen Zellen gefragt, wie am Montag bei einer Informationsveranstaltung vor Ort deutlich wurde. „Problematisch ist weniger der Energieverbrauch beim Heizen oder Kühlen, als vielmehr der Stromverbrauch des Gebäudes“, meint Dietmar Eberle, Architekt bei Baumschlager & Eberle. Zusammen mit dem Luxemburger Architekturbüro Christian Bauer & Associés hatte Eberle 2007 die Ausschreibung zur Planung des zukünftigen Hauptgebäudes der Uni Luxemburg auf Esch-Belval gewonnen, der so genannten „maison du savoir“.

„Im EU-Durchschnitt liegt der jährliche Energiebedarf in bestehenden

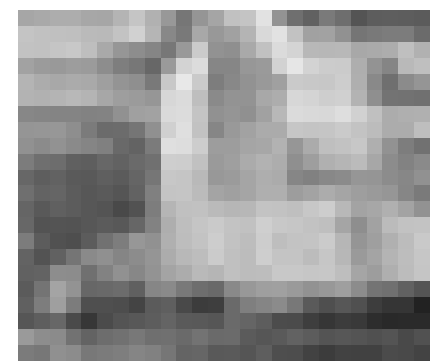
Unigebäuden bei 160 bis 170 Kilowatt pro Quadratmeter“, meint Eberle. Dagegen liege der jährliche Verbrauch an Heizungsenergie aufgrund der Isolierung bei der „maison du savoir“ nur bei 10 bis 12 Kilowatt pro Quadratmeter „Es ist zu überlegen, ob ein Heizsystem überhaupt noch notwendig ist“, meint Eberle. Problematisch sei eher die Kühlung des Gebäudes, die mittels Nachtkühlung und Fensterlüftung abgedeckt werden könnte. Auch die Fassade der „maison du savoir“, bestehend aus einem an der Fassade angebrachten Netz aus quadratischen Kassetten, Sorge für eine Selbstverschattung des Gebäudes und somit für Kühlung. Laut Eberle soll sich der Aspekt der Nachhaltigkeit nicht nur in einem sorgfältigen Umgang mit zur Verfügung stehenden Ressourcen spiegeln. Ziel der Planung sei auch die soziale Akzeptanz gewesen. „Ein Gebäude ist nur dann nachhaltig und langlebig, wenn es von den Menschen akzeptiert wird“, meint Eberle.

Das bedeutet auch, dass das Gebäude eine hohe Flexibilität und Adaptierbarkeit an unterschiedliche Bedürfnisse bietet.

Das Gebäude wird aus einem horizontalen und einem vertikalen Trakt bestehen und soll eine Tiefgarage sowie ein Auditorium mit 750 Plätzen in den Untergeschossen beinhalten. Im Erdgeschoss befinden sich die Eingangsbereiche und Rolltreppen, sowie ein Free-flow Bereich mit unterschiedlichen Restaurant-Einheiten. In den Obergeschossen sind elf Hörsäle mit einer Kapazität von 90 bis 300 Sitzplätzen, Seminar- und Klassenräume, Bibliotheken, aber auch informelle Räumlichkeiten für selbstverwaltete Studentenorganisationen vorgesehen. Der horizontale Gebäudekomplex dient administrativen Büroeinheiten. Das Planungsbüro habe versucht, die „maison du savoir“ mit bereits vorhandenen Beständen in Verbindung zu setzen: So greift etwa das Restaurant in seiner Gestaltung Elemente des Fundaments des dritten Hochofens auf. Wichtig sei zudem gewesen, dass einzelne Bereiche, wie das große Auditorium oder der Turmtrakt, als eigenständige Gebäudeteile genutzt werden könnten. Andererseits habe man darauf geachtet, dass die StudentInnen in der horizontalen und

vertikalen Landschaft der Unterrichtswelt nur kurze Wege zurücklegen müssen.

Wie lange jedoch die „maison du savoir“ eine Zukunftsvision bleibt - darauf konnten die Architekten keine Antwort geben. „Vorgesehen ist, dass die Abgeordnetenversammlung aller Wahrscheinlichkeit nach noch im Dezember über das Gesetzesprojekt zur „maison du savoir“ abstimmen wird“, meint der Uni-Berater Michael Scheuer, der sich einen Umzug der Uni nach Esch-Belval erst nach 2014 vorstellen kann. Problematisch beurteilte er auch die nach wie vor fehlenden direkten Zugverbindungen zwischen Esch und Luxemburg, die erst für 2021 geplant sind.



La Maison du Savoir

FOTO: PERIODIQUE DU FONDS BELVAL 27/2007

SOZIALWAHLEN

Genosse Trend

Richard Graf

Trotz mancher Blessuren dürfte der OGBL zum Gewinner der Sozialwahlen werden.

Auch wenn bis zum Redaktionsschluss noch nicht aus allen Betrieben die Resultate bekannt waren, so scheint sich doch herauszukristallisieren, dass es bei den Sozialwahlen eigentlich nur Gewinner gab. Da die verschiedenen Gewerkschaften angesichts des Zuwachses an zu vergebenen Mandaten in absoluten Zahlen eigentlich nur zulegen konnten, sagen diese Zahlen allerdings so gut wie gar nichts aus.

Spannender dürfte demnach die Wahl zur neuen Salaratskammer werden, deren Resultate allerdings tage- wenn nicht wochenlang auf sich warten lassen werden. Schuld daran ist das sicher nicht einfache Wahlverfahren. Dieses ist dem Parlamentswahlrecht nachempfunden und lässt das Panaschieren innerhalb verschiedener Listen zu. Damit einher geht das relativ komplizierte Auszählungsver-

fahren. Auch wenn von den 400.000 Wahlberechtigten schätzungsweise „nur“ 35 Prozent an den Wahlen teilgenommen haben, so sehen sich die Verantwortlichen bei den Sozialwahlen vor einem unüberschaubaren Berg an Stimmzetteln.

Dennoch ist kaum nachvollziehbar, weshalb es so lange dauern muss, bis die Ergebnisse bekannt werden. Die Briefwahl würde es ja erlauben, schon im Vorfeld mit dem Zählen anzufangen. Schade ist es allemal, dass die mit einiger Spannung erwartete Beschickung der neuen Salaratskammer - die ja erstmals keinen Unterschied mehr zwischen ArbeiterInnen und Angestellten macht - nicht schneller bekannt gegeben werden kann. Damit wird auch Spekulationen freier Lauf gelassen, die von den teilweise gegenläufigen Ergebnissen in den verschiedenen Betrieben noch zusätzlich genährt werden.

In diesem Zusammenhang ist es auch unverständlich, weshalb nicht auf Vorschläge von Gewerkschafts-

seite eingegangen wurde, an strategischen Stellen Wahlbüros einzurichten. So hätte eine große Zahl der ArbeitnehmerInnen ihren Wahlzettel einfach abgeben können, was den Zeitverlust, der mit der postalischen Zustellung einhergeht, eingeschränkt hätte.

Die Möglichkeit einer direkten Stimmabgabe für die Salaratskammer hätte vielleicht auch zur Folge gehabt, die allgemein niedrige Wahlbeteiligung etwas anzuheben. Auch wenn die Briefwahl für die einzelnen Teilnehmer nicht mit weiteren Kosten verbunden ist, so ist das Verfahren recht kompliziert. Die Instruktionen, welcher Zettel in welches Kuvert zu stecken ist und wie die Kreuzchen zu verteilen sind, passen kaum auf einen A4-Bogen und liegen außerdem nicht in allen wichtigen, von den wahlberechtigten Arbeitnehmern vorrangig gesprochenen Sprachen vor.

Das Wahlbüros vor Ort die Partizipation der Betroffenen ankurbeln können, zeigen die Delegationswahlen, die ja in den einzelnen Betrieben ablaufen. Starke Präsenz der Gewerkschaften geht hier einher mit starker Wahlbeteiligung. Sollte sich der Trend am Ende bestätigen, wird der OGBL wie erwartet die weitaus meisten Delegierten in den großen Betrieben stellen. Es gibt jedoch - im Gegensatz zu

den Wahlen zur Salaratskammer - in manchen Betrieben auch Listen, die sich keiner der großen Gewerkschaften zuordnen lassen. Diese „Neutrals“ waren laut den offiziellen, aber immer noch provisorischen Statistiken der „Inspection du Travail et des Mines“, die das Wahlverfahren überwacht, am Donnerstag gegen 14 Uhr die eigentlichen Gewinner. Vor allem in den kleineren Betrieben, in denen kaum oder wenig gewerkschaftliche Präsenz besteht, machen sie mit das Gros der Gewählten aus. In den Großbetrieben kann der OGBL seine Führungsposition vermutlich ausbauen. Ob das klassische Verhältnis von 2:1 gegenüber dem LCGB sich verändert, werden erst die endgültigen Resultate erweisen.

Nicht unzufrieden mit dem Ausgang dürfte der OGBL-Präsident Jean-Claude Reding sein. Denn der günstige Trend für seine Gewerkschaft, die erstmals mehr als 5.000 KandidatInnen aufstellen konnte, wird sich vermutlich auch in den Wahlen zur Salaratskammer fortsetzen. Damit dürfte die Mehrheit für den OGBL in der Kammer gesichert sein. Auch wenn auf Ebene der Betriebe manche Blessuren, wie in einigen Arcelor-Mittal-Betrieben und im Transportwesen, nicht ausgeblieben sind.